

UAA Nachrichten

Informationen für Führungskräfte



Führungskräfte Chemie:

**VAA feiert
Jubiläum**



EDITORIAL

-
- 03** Industriepolitik
Nachhaltige Führungskultur nötig



ARBEITSRECHT

-
- 03** Urteil
EuGH fordert Arbeitszeiterfassung für alle Arbeitnehmer



ULA INTERN

-
- 04** Führungskräfte Chemie
ULA-Mitgliedsverband VAA feiert Jubiläum
- 06** Neue Kooperation
BVBC und bdvb ziehen an einem Strang



Coverfoto: Andrej Freidisch – VAA

NOTIZEN AUS BERLIN

-
- 08** Pro und contra
Diskussion um Grundsteuerreform

EUROPA

-
- 09** Europawahlen
Wie sieht Europas Zukunft aus?

WEITERBILDUNG

-
- 10** Führungskräfte Institut
Aktuelle Seminare

WIRTSCHAFT IN ZAHLEN

-
- 11** Exportwirtschaft
Euro steht an erster Stelle

Impressum

Herausgeber: ULA – Vereinigung der deutschen Führungskräfteverbände · Kaiserdamm 31 · 14057 Berlin · Telefon: +49 30 3069630 · Fax: +49 30 30696313;
VAA – Führungskräfte Chemie · Mohrenstraße 11 – 17 · 50670 Köln

Inhalt und Redaktion: Wencke Jasper, Ludger Ramme, Michael Schweizer (verantwortlicher Redakteur) · Berlin · E-Mail: info@ula.de · www.ulade.de;
Klaus Bernhard Hofmann, Simone Leuschner (Bildredaktion), Timur Slapke (Schlussredaktion) · Köln

Erscheinungsweise: sechsmal jährlich

Verbreitete Auflage: 70.000. Der Bezug ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltung: Dülberg & Brendel GmbH · PR-Kommunikation · Düsseldorf

Druck: Kölken Druck+Verlag · Bonn

KOMMENTAR VON DR. ROLAND LEROUX, ULA-PRÄSIDENT

Industriepolitik und Führungskultur

Vor rund zehn Jahren hat uns die letzte globale Finanzkrise erwischt. Vieles hat sich seit ihrem Ausbruch getan, manches ist weiterhin unterlassen worden. Insgesamt scheint der Bankensektor noch immer nicht alle notwendigen Schlüsse aus der damaligen Krise gezogen zu haben. Doch hat er in einem ganz bestimmten Sinn seine Attraktivität verloren: Politik und Wirtschaft versuchen ökonomische Erfolge nicht länger mehr über und mit dem Finanzsektor zu erreichen, sondern erkennen die Bedeutung der Industrie für Wohlstand und Entwicklung. Die Industrie erlebt eine nicht mehr für möglich gehaltene Renaissance. Ihre Bedeutung für sichere Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum ist ungebrochen.



Foto: ULA

Gleichzeitig erkennen immer größere Bevölkerungsgruppen, dass ein Wachstum, das nicht nachhaltig ist, zur Zerstörung des Planeten führt. Der jüngste UN-Bericht zeigt, mit welchen ökologischen Katastrophen wir rechnen müssen, wenn wir nicht schnell lernen, anders zu wirtschaften. Diese Botschaft ist in den Bevölkerungen angekommen, übrigens nicht nur in Deutschland. Das zeigen nicht nur die Demonstrationen der *Fridays for Future*, sondern auch der Ausgang der Europawahlen. Der Auftrag an die Politik ist klar: Es geht darum, industrielpolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, die nachhaltiges Wachstum ermöglichen und an gesellschaftlichen Notwendigkeiten ausgerichtet sind. Eine solche Industriepolitik ist nötig, weil die Marktmechanismen in bisheriger Form ökologische Notwendigkeiten nicht respektieren. Neben der Dekarbonisierung der Wirtschaft brauchen wir auch eine Politik, die das Soziale nicht aus den Augen verliert. Die Ausrichtung der Wirtschaft muss auf drei Säulen ruhen: Sie muss ökologischen, ökonomischen und sozialen Erfordernissen Rechnung tragen. Dazu gehören neben einer verlässlichen Klimaschutzpolitik auch ein wettbewerbsfähiges Steuersystem und signifikante Investitionen in Forschung, Bildung und Infrastruktur.

Um dies erfolgreich umzusetzen, brauchen wir kompetente Führungskräfte in Politik und Wirtschaft. Dafür setzt sich die ULA schon seit jeher ein. Aktuell werden wir unsere Anstrengungen verstärken, damit junge Führungskräfte eine nachhaltige Führungskultur in den Unternehmen einführen oder weiterentwickeln können. Wenn ökologische Notwendigkeiten eine Neuausrichtung der Industrie im Sinne größerer Nachhaltigkeit erfordern, dann geht das nur mit Führungskräften, die der Komplexität der Aufgabe gewachsen sind.

Jhr
Roland Leroux

Dr. Roland Leroux

EUGH-URTEIL

Kommt jetzt die Stechuhr für alle?

Um die Einhaltung der EU-Arbeitszeitrichtlinie sicherzustellen, muss die tägliche Arbeitszeit vollständig erfasst werden. Nur so lasse sich überprüfen, ob zulässige Arbeitszeiten überschritten würden, heißt es in einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 14. Mai 2019. Eine Gewerkschaft hatte die Deutsche Bank zuvor in Spanien verklagt.

Die EU-Mitgliedstaaten sind nun aufgefordert, Unternehmen zu einem objektiven, verlässlichen und zugänglichen Zeiterfassungssystem zu verpflichten. Die Ausgestaltung der konkreten Modalitäten bleibt den nationalen Mitgliedstaaten überlassen. „Das gilt auch für die konkrete Form der Arbeitszeit erfassung. Aus dem Urteil selbst folgt noch keine unmittelbare Umsetzungspflicht für Arbeitgeber“, erklärt VAA-Hauptgeschäftsführer Gerhard Kronisch in einer ersten Bewertung des Urteils. „Leitende Angestellte sind grundsätzlich nicht betroffen, denn sie fallen nicht unter das Arbeitszeitgesetz“, so der Fachanwalt für Arbeitsrecht weiter.

Das Bundeswirtschaftsministerium erklärte bereits, das Urteil lasse einen Auslegungsspielraum zu. Zudem werde keine bestimmte Frist genannt, in welcher die Mitgliedstaaten tätig werden müssten. Die ULA wird die weiteren Beratungen begleiten. Ziel ist es, dass Lösungen gefunden werden, die auch für die Breite der Fach- und Führungskräfte kein neues Bürokratiemonster schaffen. ■



Foto: EyeOfPaul – iStock



JUBILÄUMSFEIER IN KÖLN

100 Jahre VAA – das verbindende Element

Schon seit 100 Jahren schreibt der VAA Geschichte. Zum Festakt am 17. Mai 2019 in der Kölner Flora hat der 1. Vorsitzende des VAA Rainer Nachtrab rund 300 Delegierte und zahlreiche hochkarätige Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft begrüßt. In seiner Ansprache betonte er die sich stark veränderten Arbeitsbeziehungen in der Chemie- und Pharmabranche: „Der VAA hat die Arbeitswelt mitgestaltet und die Interessen seiner Mitglieder vertreten. Die leitenden Angestellten haben ihre Position innerhalb der paritätischen Mitbestimmung als dritte Kraft zwischen Arbeit und Kapital immer wieder behauptet.“ Durch das Mitbestimmungsgesetz 1976 und das Sprecherausschussgesetz 1988 wurde ihre Gruppe in der Betriebs- und Unternehmensverfassung anerkannt, so Nachtrab. ULA und VAA hatten an der Entstehung dieser Mitbestimmungsgesetze wesentlichen Anteil. Zu den Chemikern und Ingenieuren sind im Laufe der Zeit viele weitere Berufsgruppen hinzugekommen, darunter Pharmazeuten und Ärzte, Biologen und Physiker und Kaufleute. Heutzutage ist der VAA Deutschlands größter Führungskräfteverband und Akademikergewerkschaft: Auf die nächsten 100 Jahre!



Beim Festakt zu 100 Jahren VAA haben neben dem VAA-Hauptgeschäftsführer Gerhard Kronisch auch der IG-BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis, der 1. VAA-Vorsitzende Rainer Nachtrab und der BAVC-Präsident Dr. Kai Beckmann mitgefeiert. Fotos: Maria Schulz – VAA

**„DER VAA HAT IN SEINER 100-JÄHRIGEN GESCHICHTE EINDRUCKSVOLL GEZEIGT,
WIE ERFOLGREICHE VERBANDSARBEIT ZUM WOHL VON ARBEITNEHMERN UND
UNTERNEHMEN AUSSIEHT. LASSEN SIE UNS WEITERHIN ZUKUNFTSTHEMEN
WIE MITBESTIMMUNG, FACHKRÄFTESICHERUNG, ENERGIEWENDE ODER DIE
DIGITALISIERUNG GEMEINSAM GESTALTEN.“**

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet hat die Bedeutung der Sozialpartnerschaft für den Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen betont.



Armin Laschet hob in seiner Keynote die Bedeutung der innovationskräftigen chemisch-pharmazeutischen Industrie für ein starkes Industrieland wie Deutschland hervor.



Auch Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker gratulierte dem VAA zum 100-jährigen Bestehen. Sie betonte die Stärke der Kölner Wirtschaftsregion mit ihrer weltweit höchsten Dichte an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen.



Wie zwei Teile eines Puzzles rücken bdvb und BVBC noch enger zusammen und ergänzen sich. Foto: oatawa – Shutterstock

KOOPERATION VON BDVB UND BVBC UNTER GEMEINSAMEM DACH

Zwei Verbände, doppelte Vorteile, eine ULA

Gebündelte Expertise und ein noch größeres Netzwerk: So lassen sich die beiden Eckpfeiler der neuen Kooperation zwischen dem Bundesverband der Bilanzbuchhalter und Controller (BVBC) und dem Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte (bdvb) zusammenfassen. Nicht nur die ähnliche Fachausrichtung ihrer Mitglieder eint die beiden Verbände. Durch das gemeinsame Engagement in der Vereinigung der deutschen Führungskräfteverbände ULA stehen die beiden Geschäftsführer Markus Kessel und Matthias Meyer-Schwarzenberger im regelmäßigen Austausch. Das soll jetzt auch für die Mitglieder möglich sein – Netzwerken über Verbandsgrenzen hinaus.

ULA Nachrichten: Auf der einen Seite die Bilanzbuchhalter und Controller, auf der anderen Seite die Volks- und Betriebswirte: Worin genau liegen eigentlich die Synergieeffekte der Kooperation zwischen bdvb und BVBC?

Meyer-Schwarzenberger (bdvb): Zusammenarbeit ist das Zauberwort unserer Zeit, das gilt auch für Verbände. Die Zusammenarbeit der ULA-Verbände im Bereich der politischen Interessenvertretung bietet dafür ein gutes Beispiel: Zuletzt ist sogar

die Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit hinzugestoßen. Damit auch die einzelnen Mitglieder von solchen Kontakten profitieren, schreiten wir jetzt mit dem BVBC voran und schaffen neue Anknüpfungspunkte auf fachlicher Ebene.

Kessel (BVBC): Unsere Verbände haben zum Teil überlappende Zielgruppen und gleichgerichtete Interessen, andererseits unterscheiden sich der Werdegang und die Position unserer Mitglieder im Unternehmen in den meisten Fällen. Im beruflichen Alltag gibt es aber zahlreiche Schnittmengen. Mit Blick auf das Finanz- und Rechnungswesen im Ganzen, das Controlling und auch das kaufmännische Know-how unterhalten sich große Teile unserer jeweiligen Mitglieder auf Augenhöhe.

ULA Nachrichten: Von welchem zusätzlichen Mehrwert können die Mitglieder beider Verbände ab sofort profitieren?

Kessel: In unseren Vorgesprächen hat sich schnell herausgestellt, dass es auf beiden Seiten Angebote gibt, die ausbaufähig sind. Wie es der Zufall möchte, können wir uns wechselseitig in genau diesen Punkten unterstützen. So verfügt der bdvb über eine ausgeprägte, engmaschige regionale Struktur. Die möchten wir unseren Mitgliedern gern als Erweiterung anbieten. Im BVBC gibt es dagegen eine Vielzahl an Fachseminaren, die wir den bdvb-Mitgliedern zu Mitgliederkonditionen zugänglich machen.

Meyer-Schwarzenberger: Natürlich steht jedem Mitglied auch weiterhin die Möglichkeit offen, beiden Verbänden gleichzeitig anzugehören – sei es als ordentliches oder als förderndes Mitglied. Damit werden nicht nur die ideellen Zielsetzungen und Aktivitäten zur Nachwuchsförderung der beiden Vereine unterstützt. Auch gewisse Mitgliedervorteile können wir nur unseren eigenen Mitgliedern bieten. Das gilt zum Beispiel für Medien wie die *WirtschaftsWoche* oder die Fachzeitschrift *BC*, deren Bezug in der jeweiligen Mitgliedschaft enthalten ist.

ULA Nachrichten: Wie sieht der weitere gemeinsame Weg aus?

Kessel: Im ersten Schritt müssen wir die Sichtbarkeit und Bekanntheit der neuen Angebote sicherstellen. Hierzu informieren wir on- und offline – und zwar so, dass die neuen Vorteile von den Mitgliedern möglichst nicht als externe Leistung

von Drittanbietern verstanden werden, sondern als gemeinsame Tätigkeit unserer Verbände. Die Weiterentwicklung lebt dann von der Aktivität unserer Mitglieder: hoch vom Bürostuhl, aktiv aufeinander zugehen, mitmachen oder weiterbilden und in jedem Fall dazugewinnen.

Meyer-Schwarzenberger: Wie immer gilt auch hier: Die Vorteile erschließen sich vor allem denen, die aktiv mitmachen. Es gibt aber auch schon Überlegungen, die angestoßene Kooperation auf zentraler Ebene weiterzuentwickeln – sei es durch zusätzliche Sonderkonditionen oder auch durch gemeinsame Veranstaltungen. In dieser Partnerschaft steckt noch Potenzial und perspektivisch werden davon vielleicht sogar Mitglieder profitieren, die thematisch gar nichts mit Buchhaltung und Controlling zu tun haben.

ULA Nachrichten: Wo liegen die Schwerpunkte Ihrer politischen Arbeit?

Kessel: Die Mitgliederstruktur des BVBC ist heterogen. Für unsere angestellten Mitglieder können wir die politische Vertretung fast vollständig über die Positionen der ULA abdecken. Bei unseren selbstständigen Mitgliedern sieht das etwas anders aus. Hier spielen vor allem die branchenspezifischen Einschränkungen und Vorbehaltsaufgaben des Steuerberatungsgesetzes (StBerG) eine entscheidende Rolle. Es ist nicht nachvollziehbar, dass selbstständige Bilanzbuchhalter für ihre Mandanten nicht

die Leistungen entsprechend ihrer Qualifikation erbringen dürfen, die sie als Angestellte für ihren Arbeitgeber erledigen müssen.

In seiner Keynote auf unserem Kongress am 9. Mai 2019 in Fulda hat der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht Prof. Paul Kirchhof betont, dass dieser Zustand verfassungswidrig ist. Seit Jahren liegt also hier unser Schwerpunkt der politischen Interessenvertretung – faire Rahmenbedingungen für selbstständige Bilanzbuchhalter und Buchungsführungsbüros und Deregulierung des Marktes.

Meyer-Schwarzenberger: Der bdvb hat ein breites Verständnis von Interessenvertretung: Während die Interessen unserer Mitglieder überwiegend durch die ULA vertreten werden, steht das Thema ökonomische Bildung im Zentrum unserer eigenen Aktivitäten. Wir fordern ein Pflichtschulfach Wirtschaft, in dem ökonomische Fragen sachlich und didaktisch fundiert erörtert werden. Dazu gehört eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte, die leider in den wenigsten Bundesländern gegeben ist. Übrigens gehört der BVBC ebenso wie einige weitere ULA-Mitgliedsverbände schon seit Jahren zu den Unterstützern dieser Kampagne. Gemeinsam können wir eine Menge bewegen. ■



Markus Kessel und Matthias Meyer-Schwarzenberger sind Geschäftsführer der ULA-Mitgliedsverbände BVBC und bdvb (von links). Foto: bdvb

PRO UND CONTRA

Kommt die Reform der Grundsteuer?

Noch herrscht Unsicherheit, welches Modell der Grundsteuer kommen wird oder ob das Reformvorhaben scheitert. Nach den Plänen von Bundesfinanzminister Olaf Scholz sollen in die Grundsteuerberechnung künftig vor allem der Wert des Bodens und die durchschnittlich erzielte Miete einfließen. Bayern präferiert ein Modell, das sich nur an der Fläche orientiert, und verlangt deshalb eine Öffnungsklausel für einzelne Bundesländer. Grundbesitzer in Regionen mit hohen Bodenrichtwerten würden damit geringer belastet. Hierzu haben die ULA Nachrichten zwei Experten um eine Einordnung gebeten: den zuständigen Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für die Grundsteuer Bernhard Daldrup und den Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag Stefan Müller.



Bernhard Daldrup ist zuständiger Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion zur Grundsteuer. Foto: Pat Röhring

Bei der Grundsteuer geht es um jährlich gut 14 Milliarden Euro für die Kommunen. Bund und Länder haben sich in mühevollen Verhandlungen auf eine Reform verständigt. Basis ist ein wertabhängiges Modell, das wertvolle Grundstücke höher, weniger wertvolle Grundstücke niedriger besteuert. Das entspricht nicht nur der heutigen Praxis, sondern auch dem Gerechtigkeitsgefühl der Menschen. Zugleich wird die Bürokratie laut Gesetzentwurf drastisch reduziert. Die überwältigende Mehrheit der Länder und alle kommunalen Spitzenverbände unterstützen die Lösung. Bayern will die Einführung nicht akzeptieren und fordert – auf den letzten Metern – die Grundsteuer per Länderöffnungsklausel zu regionalisieren. Eine solche Öffnung hat keine Mehrheit, wäre verfassungsrechtlich problematisch und würde perspektivisch zu 16 unterschiedlichen Grundsteuersystemen führen. Die Preisgabe unseres bundeseinheitlichen Steuersystems wäre kein Triumph des Föderalismus, sondern ein Zeichen schwacher Kleinstaaterei. Es wäre schändlich, würde eine bundesweit abgestimmte und mehrheitsfähige Reform an den Partikularinteressen eines einzigen Bundeslandes scheitern. ■



Stefan Müller ist Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Foto: CSU

Wir brauchen ein klares, einfaches, vernünftiges und gerechtes Grundsteuerrecht. Für mich ist klar, dass nur ein Flächenmodell diesen Anforderungen gerecht werden kann, denn nur dieses kommt mit wenig Bürokratie aus. Und nur ein Flächenmodell hat keine eingebaute Tendenz zu automatischen Steuererhöhungen. Ganz anders hingegen das wertabhängige Modell, wie es von der SPD vorgesehen ist. Niemand bestreitet, dass dieses Modell mit erheblicher Bürokratie einheringe, denn die Erhebung der für die Wertkomponente notwendigen Daten wie Bodenrichtwerte und Mieten ist bei rund 35 Millionen Grundstücken in Deutschland eine Herkulesaufgabe. Eine Beschäftigungsmaßnahme für Finanzbeamte brauchen wir aber dezidiert nicht. Auch bestreitet niemand, dass ein wertabhängiges Modell eine eingebaute Tendenz zu automatischen Steuererhöhungen hat. Bodenrichtwerte und Mieten steigen tendenziell im Zeitverlauf und damit steigt im wertabhängigen Modell auch die Grundsteuer. Es droht am Schluss eine Spirale von Steuer- und Mieterhöhungen. Anders in dem von uns favorisierten Flächenmodell: Weil Grundstücke im Zeitverlauf nicht größer werden, bleibt im Flächenmodell die Grundsteuerlast gleich. ■

WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Wohin steuert Europa?

Über 200 Millionen Wähler – ein Rekord – sind Ende Mai zu den Urnen geeilt und haben Politikern ihre Stimme anvertraut. Das ist aus Sicht der Führungskräfte eine sehr gute Nachricht. Sie zeigt: Die Menschen wollen eine Europäische Union. Der hohe Grad an Mobilisierung ist nicht zuletzt ein Ergebnis der vielen Wahlaufrufe, darunter auch die erfolgreiche Kampagne #ManagersforEU des europäischen ULA-Dachverbandes CEC.

In allen EU-Mitgliedstaaten haben weniger Populisten und Extremisten Stimmen erhalten als zunächst befürchtet. Was in Deutschland als Abstrafung der Berliner Großen Koalition wahrgenommen wurde, hat im Europäischen Parlament die jahrzehntealte Zweiparteienkoalition aus Sozialisten und Christdemokraten beendet. Die Liberalen sind zur dritten Kraft emporgewachsen. Dies wird in Zukunft viel Bewegung in die Debatten im Parlament bringen.

Für die Führungskräfte und ihre politische Interessenvertretung CEC European Managers könnte dies sehr positive Effekte haben. Die Chancen, Unterstützung für eine neue Resolution des Europäischen Parlaments über die Führungskräfte zu erhalten, sind gestiegen. Jedenfalls haben die EU und das Europäische Parlament nun die Chance, neue Brücken in Richtung Bürger zu bauen und das viel beklagte Demokratiedefizit abzubauen.

Derweil liegen die wahren Herausforderungen für die Zukunft Europas ganz woanders: Der Kontinent ist zwar der größte Binnenmarkt der Welt. Ihr ökonomisches Gewicht kann die EU aber nicht richtig nutzbar machen. Die Weltmächte China, USA und Russland reiben Europa derzeit zwischen sich auf. Sie bringen – jeder für sich – nicht nur mehr Landmasse auf die Waage, sondern haben auch viel größere militärische Apparate. Sie sind zentralistischer strukturiert und vor allem nicht zimperlich mit dem Einsatz ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke zu ihrem Vorteil.

Europa wirkt neben dem Drohpotenzial der drei Großmächte eher wie ein Ope-

rettenstaat. Mit keinem der großen Drei wird sich Europa jemals in eine militärische oder wirtschaftliche Auseinandersetzung begeben können. Dies würde es auch nicht anstreben. Die Europäische Union muss daher in den kommenden Jahren eine kluge Politik der Kooperation mit allen drei Großmächten voranbringen. Die wirtschaftliche Verflechtung, seien es Rohstoffhandel, fairer Handel und Austausch von Menschen und Dienstleistungen, sollte eine so starke globale Vernetzung bewirken, dass eine Frontbildung ihren Sinn verliert.

Gleichzeitig sollte Europa endlich seinen südlichen Nachbarn wahrnehmen. Hier liegt der Schlüssel für die Lösung vieler

Probleme: Die Völker Afrikas brauchen eine Perspektive. Andernfalls wird das, was in Deutschland Flüchtlingskrise genannt wird, nur ein erster Vorgeschmack auf das sein, was noch kommt. Europäer sollten die Zusammenarbeit mit Afrika beherzt angehen – in ihrem eigenen Interesse. Nicht nur, um Anreize gegen Masseneinwanderungsdruck zu setzen, sondern auch, um Kunden und Märkte von morgen zu erschließen.

Der BDI und der Afrikaverein der deutschen Wirtschaft haben diese Chancen erkannt. Was fehlt, ist eine breite Unterstützung der Politik. Auch hier scheinen die etablierten Parteien ihrer Zeit hinterher zu hängen. ■



Foto: Vepar5 – iStock



Führungskräfte
Institut



AKTUELLE SEMINARE

Karriere braucht Know-how

Für Fach- und Führungskräfte sind Soft Skills essenziell, um stets auf der Höhe zu bleiben. Zur Vertiefung dieser Kenntnisse bietet das Führungskräfte Institut (FKI) maßgeschneiderte Seminare an. Die Anmeldung erfolgt auf www.fki-online.de.

Hartes Verhandeln – Aufbauseminar in zwei Stufen

Welche Faktoren beeinflussen eine Verhandlung? Wie schafft man es, die Schlagfertigkeit und das rhetorische Wirkungsrepertoire weiter zu steigern? In diesem zweistufigen Aufbautraining vermittelt Verhandlungsspezialist Kai Braake das nötige Know-how.

Wann? Am 28. und 29. August 2019.

Wo? In der FKI-Geschäftsstelle in Köln (Mohrenstraße 11 – 17, 50670 Köln)

Weckruf annehmen, Resilienz stärken

Gerade Führungskräfte leben in einem komplexen Spannungsfeld hoher Erwartungen an Effizienz und Flexibilität unter rasch wechselnden Anforderungen. Wie sie dabei trotzdem mental stark und gesund bleiben, erläutert die Referentin Dr. med. Ulrike Gotthard.

Wann? Am 10. Oktober 2019.

Wo? In der FKI-Geschäftsstelle in Köln (Mohrenstraße 11 – 17, 50670 Köln)

Souverän präsentieren, überzeugend auftreten

In diesem Seminar erklärt Managementtrainer und Topredner Peter A. Worel, wie Führungskräfte aller Hierarchieebenen erfolgreicher und überzeugender im Umgang mit Menschen auftreten und ihre Geschäftsziele noch effektiver erreichen können.

Wann? Am 16. Oktober 2019.

Wo? In der FKI-Geschäftsstelle in Köln (Mohrenstraße 11 – 17, 50670 Köln)



Foto: Shutterstock

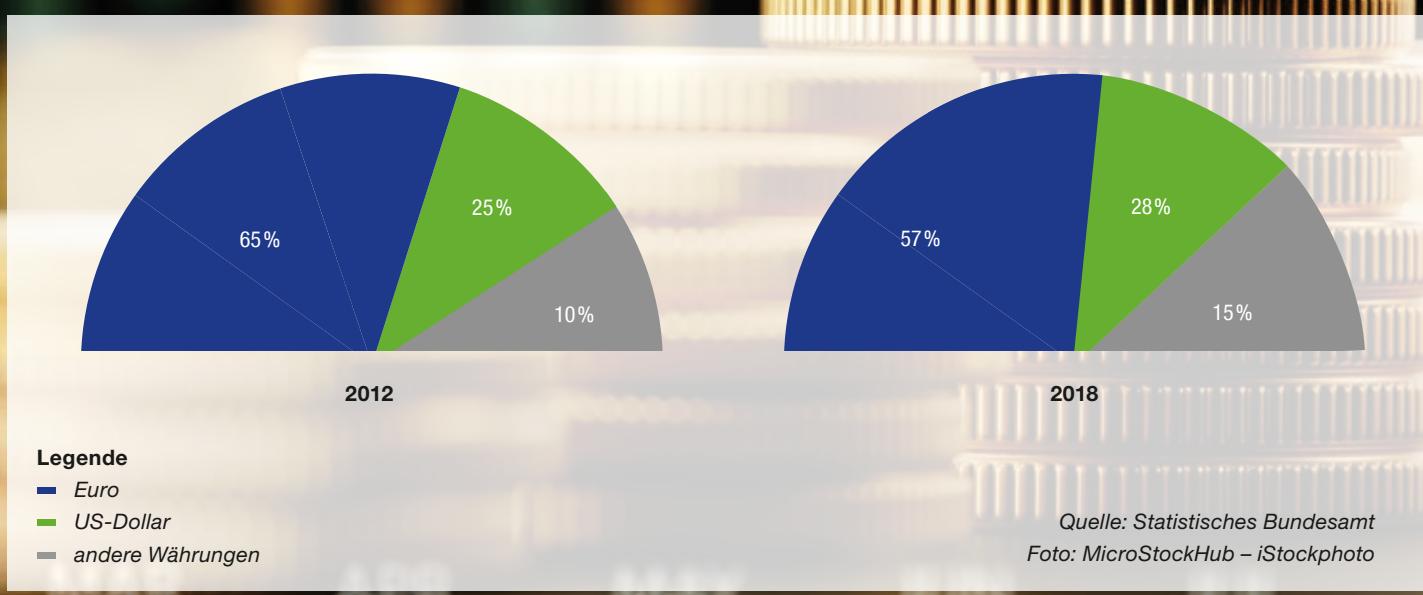
VK sucht 100 Vorbilder

Für die ULA ist ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld ein wichtiges Ziel, das mit der erfolgreichen Mixed-Leadership-Veranstaltungsreihe und der Arbeitsgruppe Diversity inhaltlich begleitet wird. Um die konkrete Sichtbarkeit lesbischer, schwuler, bisexueller, trans*, inter* und queerer (LGBTIQ) Führungskräfte weiter zu steigern, unterstützt der ULA-Mitgliedsverband Völklinger Kreis (VK) aktuell die Liste „Germany's Top 100 Out Executives“. Diese sogenannten Role Models sind ein wichtiger Hebel gegen Diskriminierung. Besonders junge Menschen verstecken ihre Identität oft aus Angst vor Nachteilen im Berufsleben. Das kostet Kraft und schadet den Arbeitgebern sowie der eigenen Karriere. Um zu zeigen, dass sich LGBTIQ-Führungskräfte keinesfalls verstehen müssen, zeigt die Liste 100 erfolgreiche Menschen, die aus ihrer sexuellen Identität kein Geheimnis machen. ULA-Vizepräsident Matthias Weber, zugleich VK-Vorsitzender, vertrat den VK im Vorjahr in der Jury des Wettbewerbs: „Nicht nur im VK sind erfolgreiche LGBTI-Führungskräfte. Wir bieten an, Sie für die Liste zu nominieren. Niemand wird aber ohne sein oder ihr Einverständnis geoutet!“ Unter www.outexecutives.de gibt es mehr Informationen. Der VK ist erreichbar unter buero@vk-online.de.

DEUTSCHE GESCHÄFTE MIT DRITTLÄNDERN

Exporte: Euro wichtigstes Zahlungsmittel

Bei deutschen Exporten in Länder außerhalb der Europäischen Union (Drittländer) war der Euro im Jahr 2018 mit Abstand das am häufigsten verwendete Zahlungsmittel. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden die deutschen Exportgeschäfte in Drittländer wertmäßig deutlich über die Hälfte in Euro abgewickelt, in US-Dollar wurden etwas mehr als ein Viertel der Exportgeschäfte abgerechnet. In anderen Währungen wurden nur rund 15 Prozent der Exporte bezahlt, was allerdings im Vergleich zum Jahr 2012 einen deutlichen Anstieg von fünf Prozent darstellt.



MIT SICHERHEIT KARRIERE MACHEN!

Exklusive Leistungen • Wirksame Interessenvertretung • Kontakte

Sie sind Fach- oder Führungskraft und auf der Suche nach einem starken, zuverlässigen Partner auf Ihrem Karriereweg? Als VFF-Mitglied profitieren Sie dank unseres deutschlandweiten Netzwerks vom gebündelten Know-how von über 70.000 Fach- und Führungskräften.

- **Umfassender Juristischer Service.** Hochqualifizierte, arbeitsrechtliche Beratung und Vertretung durch erfahrene Juristen – schon im Vorfeld und zur Vermeidung gerichtlicher Auseinandersetzungen (im Mitgliedsbeitrag enthalten).
- **Einschlägige Informationen aus Wirtschaft und Politik.**
- **Erfahrungs- und Informationsaustausch im bundesweiten Netzwerk.** Exzellente, überregionale Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen und Seminare.
- **Politisches Sprachrohr aller Führungskräfte.** Wirksame Interessenvertretung durch unseren Dachverband United Leaders Association (ULA) in Berlin und die CEC-European Managers in Brüssel.

Interesse? Dann freuen wir uns über Ihren Anruf unter **+49 221 1600180** oder Ihren Besuch auf vff-online.de.